

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Band: - (1991-1992)
Heft: 37

Artikel: Grundsätzlich unverträglich
Autor: Sax, Anna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054106>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

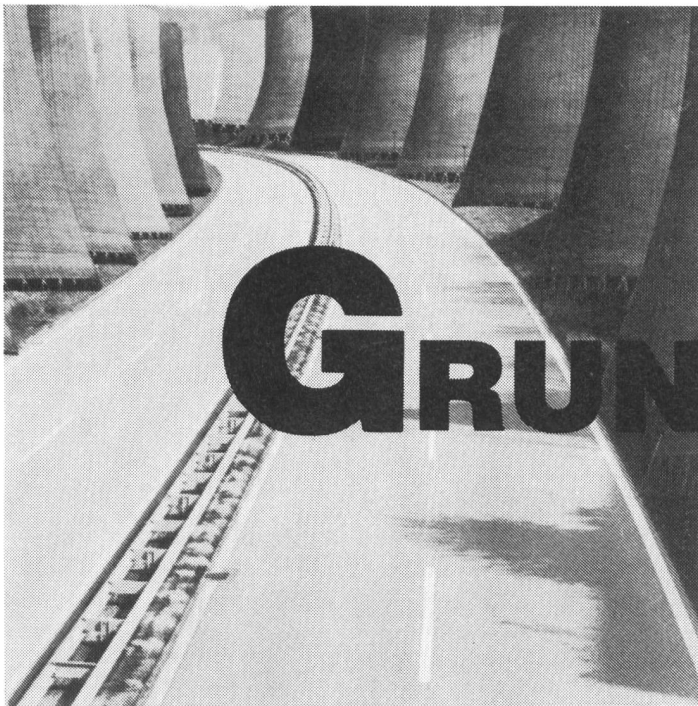
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



GRUNDSÄTZLICH

Wie das Karnickel vor der Schlange stehen wir vor dem Monstrum Europa, stauend, mit weit aufgerissenen Augen. Der EG-Binnenmarkt kommt angerollt, hat mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Wirtschaftssysteme eine zusätzliche Dynamik erhalten, die uns erstarren lässt. Und das EuroPatriarchat

reibt sich die Hände. Von «niedergerissenen Marktschranken» schwärmt der Unternehmer, und der Gewerkschaftsboss frohlockt: «Es entsteht ein freier, kontinentaler Raum für die gestaltende Tätigkeit selbstgewählter Netze des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.»

Der EG-Binnenmarkt war eine Erfindung der Grosskonzerne. Erklärtes Ziel war und ist es, europaweit ein «investitionsfreundliches Klima» zu schaffen. Das heisst im Klartext: Möglichst geringe Lohnkosten, möglichst wenige Auflagen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und Umwelt, möglichst flexible Arbeitszeiten, möglichst tiefe Steuern für Unternehmungen. Die oberste Maxime heisst «Marktverträglichkeit». Gewerkschaften und Umweltverbände hatten bald einmal gemerkt, worum es geht und forderten ein «sozial-» bzw. «umweltverträgliches» Europa. Entwicklungspolitische Organisationen beginnen, die «Dritte Welt-Verträglichkeit» der EG unter die Lupe zu nehmen. Es geht also um die grundsätzlichen Unverträglichkeiten beziehungsweise darum, wie der Schaden möglichst gering zu halten ist. Die Frage, ob wir den Binnenmarkt Europa überhaupt wollen, scheint angesichts der Umstände obsolet geworden zu sein. Nichts als logisch ist es also, wenn wir jetzt nach der «Frauenverträglichkeit» Europas fragen.

Von Richtlinien und Normen

Was versprechen sich denn die Frauen von der EG, so sie sich überhaupt damit zu beschäftigen wagen? In der Schweiz haben sich Sozialdemokratinnen und Gewerkschaftsfrauen

(SGB-Frauenkommission) optimistisch geäussert. Die Missstände in bezug auf Lohndiskriminierung, Kindertagesstätten, Elternurlaub und Altersvorsorge vor Augen, sind sie der Meinung, dass ein EG-Beitritt für uns nur von Vorteil sein könne. Denn die EG-Richtlinien versprechen rundum «Gleichbehandlung». Wie es mit der Durchsetzung dieser Richtlinien in den Mitgliedsländern steht, hat eine Gruppe von Frauen an der Hochschule Bremen untersucht. Im Buch «EG-Binnenmarkt – EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?» kommt die Herausgeberin Susanne Schunter-Kleemann zum Schluss: «Die Normsetzungspolitik der EG zur Gleichbehandlung von Mann und Frau hat mit Sicherheit in erheblichem Masse zur Bewusstseinsbildung in aufgeklärter Öffentlichkeit und in Teilen der Frauenbewegung beigetragen. Dennoch ist sie über den Ansatz einer symbolischen Politik bisher nicht hinausgekommen.»

Die Bilanz der Bremerinnen ist nicht gerade ermutigend und sollte besonders Gewerkschafterinnen zu denken geben: In Anbetracht der neoliberalen Höhenflüge der EG-StrategInnen bedeutet «Bewusstseinsbildung» nämlich in der Praxis: Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert, Sonderschutzbestimmungen für Frauen werden aufgehoben, das Rentenalter (nach oben) angepasst und «Risiken» (z.B. Mutterschaft) privatisiert.

Von Lohnveredelung und Mobilität

Ob also der EG-Binnenmarkt mit seiner radikalen Marktorientierung uns Frauen Vorteile bringt, ist mehr als fraglich. Denn staatlich verordnete Sonderregelungen für erwerbstätige Frauen bedeuten für die Unternehmungen «Wettbewerbsnachteile», denen sie auszuweichen suchen. Und Ausweichmöglichkeiten sind innerhalb eines derart grossen und heterogenen Wirtschaftsraumes, wie ihn Europa bieten wird, beliebig vorhanden. So kann der reiche Norden seine Produktion in sogenannter «Lohnveredelung» in den ärmeren Süden verlegen, wo reichlich billige und flexible, weibliche Arbeitskräfte vorhanden sind: In Spanien ist jede zweite Frau unter 25 Jahren arbeitslos, in Griechenland jede dritte. Bei uns im Norden dagegen gehen zahlreiche Frauenarbeitsplätze – vorab in der Industrie – verloren und weichen hochqualifizierten und -bezahlten Stellen für Techniker, Ingenieure, Ökonomen – und selbstverständlich auch für Technikerinnen, Ingenieurinnen und Ökonominen. Vorausgesetzt, dass Frauen überhaupt zu einer entsprechenden Ausbildung kommen. Und dass sie danach nicht Kinder kriegen und sich und den Unternehmungen damit den Wettbewerb versauen wollen.

UNVERTRÄGLICH

Es wäre elitär, die alten Forderungen von Politikerinnen und Frauenorganisationen nach «gleichen Marktchancen», also nach Lohngleichheit, besseren Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, Kinderkrippen und Elternurlaub einfach als überholt abzutun. Schliesslich gibt es genug berufstätige und arbeitslose Frauen, mit oder ohne Kinder, die dringend auf Massnahmen zu ihrer Förderung und Entlastung angewiesen sind. Und dennoch darf frau nicht übersehen, dass zwischen dem völlig auf Wettbewerb getrimmten EG-Binnenmarkt und den Forderungen nach «Chancengleichheit» ein grundsätzlicher Widerspruch besteht. Denn Frauenförderung hat in dieser Marktideologie keinen Platz, führt höchstens zu einer weiteren Ausgrenzung der Frauen. Oder, wie Schunter-Kleemann sich ausdrückt: «Jedes Sonderschutzgesetz ist ein Bumerang, weil es den Zugang zu gewissen Arbeitsplätzen und die Mobilität behindert».

Von Herrenhäusern und Karrierefrauen

Versuchen wir's also nochmals mit der leidigen Frage: «EG-Beitritt ja oder nein?». Aber macht es überhaupt einen Sinn für uns, die Frage so zu stellen? Vom «Herrenhaus Europa» war in den Diskussionen der Frauen öfters die Rede oder vom «EuroPatriarchat». Und davon, wo denn in diesem Herrenhaus unser Platz sei. Der Wettbewerb, in dem wir eine bessere Startposition beanspruchen, der Wettbewerb um vertraglich abgesicherte Arbeitsplätze und Kaderpositionen ist ausgerechnet eine der wichtigsten Säulen patriarchalischer Produktionsbedingungen. Ob die Schweiz mitmacht im Binnenmarkt oder nicht, spielt für uns keine solch grosse Rolle. Von der EG zu erwarten, dass sie «unsere» Arbeitgeber quasi automatisch zwingt, uns besser zu «behandeln», wie es teilweise aus Gewerkschaftskreisen tönt, dürfte reichlich naiv sein. Denn kämpfen für unsere Rechte müssen wir so oder so, und zwar hier und jetzt. Umso besser, wenn wir uns dabei international vernetzen, mit Frauen aus EG-Ländern, aber auch mit Frauen in der Dritten Welt und in Osteuropa. Die grossen Unternehmungen sind längst international vernetzt – mit oder ohne EG!

Die eine Frage lautet also: «Wo ist unser Platz im Herrenhaus Europa?» Und zweifellos ist es wichtig, dass wir uns da drin nicht noch weiter an den Rand drängen lassen. Die andere Frage aber, nämlich: «Wie knacken wir das EuroPatriarchat?» sollten wir doch nicht ganz aus den Augen verlieren. Auch wenn's im Moment nicht gerade rosig für uns aussieht. Schon immer sind Frauen ein wichtiger Faktor in den Strategien der internationalen (Wirtschafts-)Politik gewesen. Und sie sind es auch in der Planung des EG-Binnenmarktes: Als Hausfrauen, Sekretärinnen, Verkäuferinnen und flexibel einsetzbare Konjunkturpuffer, als Mütter, Gattinnen, Wohltäterinnen und Prostituierte, als Werbeträgerinnen und Konsumentinnen. Die kapitalistische Wirtschaft wird alles dransetzen, diese Funktionen der Frauen zu erhalten, denn: Ohne uns geht nix. Selbst die paar wenigen «Superkarrierefrauen» dienen hauptsächlich dazu, «frischen Wind» in die Führungsetagen und in die Politik zu bringen, die patriarchalen Strukturen, die zu verkrusten drohen, etwas aufzulockern.

Also Verweigerung total? Für die Fließbandarbeiterin, auf deren Arbeitsplatz zehn andere Arbeiterinnen hoffen, ist dies natürlich keine Alternative. Für jede einzelne Frau ist die Verweigerung keine reale Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Umso wichtiger ist es, dass wir uns vernetzen, quer durch die Schweiz, durch Europa und die Welt, quer durch unsere verschiedenen Berufe und Positionen. Auf die Einsicht der Mächtigen zu hoffen, ist bekanntlich auch keine Alternative.

Von Chancengleichheit und Geschenken

Zurück zum Stand der Diskussion über Frauen und EG. Der Binnenmarkt, so wie er geplant wird, kann uns Frauen keinen Grund zum Optimismus bieten, auch nicht in bezug auf Chancengleichheit im Arbeitsmarkt und Sozialleistungen. Auf EG-Ebene zu erwarten ist höchstens der kleinste gemeinsame Nenner aller Einzelstaaten. Länder wie Frankreich, die einen «zu extensiven Mutterschutz» eingeführt hatten, wurden bereits durch die EG zurückgepfiffen: Die Frauen seien «gegenüber den Männern einseitig begünstigt» wor-

den, was natürlich nicht mit dem Wettbewerbsprinzip vereinbar ist. Die Hoffnungen der «offiziellen» Schweizer Gewerkschafterinnen sind insofern verständlich, als wahrscheinlich selbst der knausrigste EG-Staat noch mehr an Sozialleistungen zu bieten hat als die Schweiz. Wenigstens für die Frauen, die in geschützten, das heisst vertraglich abgesicherten, Arbeitsverhältnissen stehen. Auf der anderen Seite werden Millionen von Frauen, die in Teilzeitarbeit, in Heimarbeit oder auf Abruf beschäftigt sind, einen hohen Preis zu bezahlen haben. Es gibt auch Gewerkschafterinnen, vorab aus der Frauengewerkschaft Schweiz (FGS), die sich mit diesem Aspekt des EG-Projektes beschäftigen.

Zurücklehnen nach dem Motto: «Die EG wirds schon richten», bringt ganz bestimmt keinen Fortschritt. Was wir uns nämlich hier in der Schweiz nicht erkämpfen, werden wir auch von der EG nicht geschenkt kriegen. Zum Schluss ein Zitat von Annette Goerlich und Margret Krannich im Buch «Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse»: «Vernetzung auf europäischer Ebene soll nicht bedeuten, Lobbystrukturen rund um die EG-Institutionen in Brüssel zu schaffen. Zum einen bleibt die nationale Ebene nach wie vor ein wichtiger Rahmen, und wir sollten nicht akzeptieren, dass sich nationale Regierungen aus ihrer Verantwortlichkeit mit dem Hinweis auf die anonyme EG herausreden. Zum anderen sollten wir uns nicht auf den EG-Rahmen beschränken, sondern die Gleichsetzung der EG mit Europa durchkreuzen.»

Anna Sax

Literatur

Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): *EG-Binnenmarkt – EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?*, Bremen, 1990.

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg.): *Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse*, Bremen, 1989.

Cynthia Enloe: *Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics*, London, 1989.

«Widerspruch», Heft 20, Dezember 1990.

«WochenZeitung» Nr. 3, 18.1.91.